

## **Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein...**

### **Gesetzentwurf zur angeblichen Anerkennung indigener Rechte in British Columbia vorläufig gestoppt!**

*von Helena Nyberg und Peter Schwarzbauer*

**Am 28. August 2009 stimmte die Versammlung aller gewählten und traditionellen Chiefs von British Columbia (BC) im Gebiet der *Squamish* in seltener Einstimmigkeit gegen einen Gesetzentwurf, den sogenannten „Recognition Act“, der vordergründig einen „neuen Weg“ in der Beziehung der Indigenen mit der Provinz einleiten sollte. Wie so oft in der kanadischen Politik gegenüber Indigenen würde dieses Gesetz in Wahrheit eine massive Untergrabung indigener Rechte, insbesondere des vom Obersten Gerichtshofes 1997 bestätigten „Aboriginal Title“ (indigener Landrechtstitel - Eigentumsrecht) bedeuten.**

Zum Hintergrund: 1997 wurde in der sogenannten „Delgamuukw“ Entscheidung des kanadischen Obersten Gerichtshofes das Bestehen des indigenen Landrechtstitels in der gesamten Provinz British Columbia bestätigt. Seither weigert sich die Provinzregierung diese Entscheidung umzusetzen bzw. versucht, sich möglichst billig dieser Umsetzung zu entziehen. BC hat als einzige Provinz Kanadas die Landrechte mit den Indigenen nicht in Form von Verträgen geregelt. Im Rahmen der sogenannten „British Columbia Treaty Commission (BCTC)“ werden den einzelnen Völkern Vertragsverhandlungen angeboten, um primär an die wertvollen Ressourcen im Boden oder an lukratives Bauland zu kommen. Um überhaupt in Verhandlungen eintreten zu können, müssen die indigenen Völker vorweg ihren gesamten Landanspruch und ihre Rechte als Indigene aufgeben sowie hohe Kredite für die Verhandlungen aufnehmen (Kosten für „Experten“, Anwälte, Recherchen etc.). Sofern diese Vertragsverhandlungen zu einem Ende führen – was bisher aus verschiedensten Gründen kaum der Fall war –, bekommen die Indigenen dann unter anderem etwas Land und eine Entschädigungssumme (von der aber die Kredite abgezogen werden), verlieren aber auch gleichzeitig ihren Status als Indigene. Viele Gruppen haben erst im Verlauf der Verhandlungen erkannt, worauf sie sich eingelassen haben, wollten aussteigen, aber können dies aufgrund der bestehenden Kreditschulden nicht mehr, denn ohne „positiven“ Abschluss der Vertragsverhandlungen müssen die Kredite zurückbezahlt werden – was deren finanzielle Lage schlicht nicht zulässt. Der von BCTC durchgezogene Prozess wurde deshalb auch schon von mehreren UNO-Gremien (zuletzt durch das *Committee for the Elimination of Racial Discrimination – CERD*) scharf kritisiert.

Dass die Provinzregierung sich eine neue Gesetzesinitiative zur „Anerkennung“ indigener Rechte ausgedacht hat, lässt sich im Wesentlichen durch zwei Aspekte erklären: Zum einen ist der BCTC-Prozess in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Trotz Dutzender Vertragsverhandlungen sind nur wenige Verträge fertig ausgehandelt worden, viele Indigenen wollen aussteigen bzw. gar nicht einsteigen. So wollte BC mit einem verkappten „Schnellverfahren“ und möglichst unkompliziert doch noch zum begehrten Land kommen. Denn die Olympischen Spiele stehen vor der Tür – und damit unzählige lukrative Bauprojekte – eben leider auf indigenem Land, zu dem die Provinz rechtens keinen Zugang gehabt hat. Zum anderen soll das Durchziehen des „Recognition Act“ noch vor den Olympischen Spielen 2010 in Vancouver der Welt zeigen, wie toll sich doch die Regierung von BC um „ihre“ Indigenen kümmert.

Hinter dieser Gesetzesinitiative, die nun seitens der BC-Regierung als positiv und bahnbrechend für die indigene Bevölkerung verkauft werden soll, stehen ausgerechnet drei Personen, die sich in der

Vergangenheit im politischen Prozess und vor Gericht als „Indianerkämpfer“ präsentiert haben: Geoff Plant etwa hatte 1994 im Delgamuukw-Fall vor einem Gericht in BC das Argument „terra nullius“ verwendet (es bestünden in BC überhaupt keine indigenen Landrechte und kein indigener Landtitel), im Jahre 2000 stellte er sich gemeinsam mit dem derzeitigen *BC Minister of Aboriginal Affairs*, Michael deJong, sowie dem Provinzpremier Gordon Campell gegen das an sich schon fragwürdige *Nishga* Vertragsergebnis, da es ihnen zu weit ging. Es ist schon mehr als verdächtig, wenn sich ausgerechnet solche Persönlichkeiten plötzlich für die „Anerkennung“ indigener Rechte einsetzen.

Vor dem besagten Treffen aller Chiefs am 28. August hatte die BC-Regierung die politischen Interessenvertretungen der Indigenen in British Columbia auf ihre Seite gebracht. Weshalb dies so unspektakulär möglich war? Es gibt einen einfachen Grund: Sie sind sämtlich von Regierungsgeldern abhängig, nämlich die *BC Assembly of First Nation (AFN)*, die *Union of BC Indian Chiefs (UBCIC)* und den *First Nations Summit* (jene Organisation, die die im BCTC involvierten Bands vertritt). Diese drei Organisationen haben sich mittlerweile zum *First Nation Leadership Council (FNLC)* zusammengeschlossen.

Inhaltlich würde der „Recognition Act“ zwei bisher geltende Grundsätze in der Indigenpolitik Kanadas über Bord werfen. Das Gesetz würde in BC die Zuständigkeit für Indigene von der Bundesebene auf die Provinzebene verlagern (ohne sie genau zu präzisieren, was der Manipulation durch die BC-Regierung Tür und Tor öffnen würde). Die bestehende Bundeszuständigkeit kann trotz aller massiven Probleme noch als letztes Bollwerk gegen die viel aggressiveren Wirtschaftsinteressen der Provinz gesehen werden und wurde daher bis anhin von Indigenen mit Zähnen und Klauen verteidigt. Zum zweiten würde das Gesetz die einzelnen indigenen Völker praktisch entmündigen, da alle politischen Entscheide und Verhandlungen in die Hand der provinzwweit agierenden indigenen Interessenvertretungen gelegt würden. Die vielen Einzelverhandlungen im Rahmen von BCTC erscheinen der BC-Regierung offenbar zu mühsam, die politischen Interessenvertretungen sind leichter zu manipulieren als die einzelnen indigenen Völker.



*Indigene Demonstration gegen den Recognition Act in BC*

Sowohl die inhaltlichen Konsequenzen als auch die Personen, die hinter dieser Initiative stehen, blieben schliesslich trotz aller massiven politischen Bemühungen den gewählten und traditionellen Chiefs nicht verborgen. Es dürfte ziemlich einzigartig in der Geschichte der BC-Indigenenpolitik sein, dass sich bei einem Meeting des *FNLC* und seiner drei Sub-Organisationen (*BC AFN, UBCIC, First Nations Summit*) die vertretenen Chiefs einstimmig gegen den Gesetzentwurf und damit gegen die eigenen politischen Interessenvertretungen wandten. Ein indianischer Aktivist antwortete auf die Frage, ob es vor allem die Grundlagenarbeit der „Grassroots“ gewesen sei, die trotz massiven politischen Drucks der BC-Regierung und der indigenen Interessenvertretungen zu einer Ablehnung dieses Gesetzesentwurfs geführt haben: „No, they are not *that* stupid“. Offenbar waren die Hintergründe und negativen Konsequenzen des geplanten Gesetzentwurfes insgesamt doch zu offensichtlich gewesen.

Dieses Beispiel zeigt unter anderem auch, wie wenig die indigenen Interessenvertretungen in BC wirklich ihre Klientel vertreten bzw. auf die Meinungen derjenigen hören, die sie zu vertreten vorgeben. Dies ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2010 von Bedeutung, da hier die sogenannten vier indianischen Gastgebervölker „Four Host First Nations“ (*FHFN; Lil'wat, Squamish, Musqueam, Tseil-Watuth*) gegenüber der Öffentlichkeit als *die* Vertretung der Indigenen in BC dargestellt werden. Abgesehen davon, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieser vier Nationen nicht notwendigerweise hinter den Olympischen Spielen steht (der Deal wurde von den Stammesregierungen ohne Beteiligung der eigenen Bevölkerung durchgezogen), repräsentieren diese vier *Host Nations* insgesamt nur etwa 6.000 Personen. Im Großraum Vancouver leben aber geschätzte 65.000 Indigene, die durch die Spiele direkt und indirekt betroffen sind (z.B als Sozialhilfeempfänger).

Auch wenn die Chiefs, indigene Aktivisten und Medien in BC der Meinung sind, der „Recognition Act“ wäre mit der einstimmigen negativen Abstimmung aller Chiefs am 28. August gestorben, besteht doch nach wie vor jede Menge von Anzeichen, dass die BC-Regierung weiter versuchen wird, diesen – oder einen ähnlich perfiden – Gesetzentwurf auf Biegen und Brechen durchzusetzen.